

Petros Mavromichalis möchte der Schweiz nichts vorschreiben. Doch er würde es begrüßen, wenn sie sich auf einen Weg im bilateralen Verhältnis festlegen würde. BILD KEY

Im Gespräch mit: Petros Mavromichalis

Die Schweiz und die EU seien Freunde, sagt der EU-Botschafter Petros Mavromichalis. Doch seitdem der Bundesrat das Rahmenabkommen erwidert hat, stockt das bilaterale Verhältnis in zentralen Bereichen wie der Forschung oder dem Strommarkt. Ein weiteres Entgegenkommen Brüssels scheint unwahrscheinlich. Wie geht es weiter?

Offene Arme, harte Haltung

Reto Zanetti

Zwischen dem Bundeshaus und dem Büro des EU-Botschafters Petros Mavromichalis liegen nur wenige Hundert Meter. So nahe wie im Stadtzentrum von Bern sind sich die Schweiz und die Europäische Union nicht immer. Seit dem Aus für das Rahmenabkommen im Mai 2021 scheint das bilaterale Verhältnis blockiert. Doch davon ist an diesem Montagmittag zunächst nichts zu spüren. Der Empfang zum Interview mit dieser Zeitung ist herzlich. Während des Gesprächs betont Mavromichalis auch, wie gut die Beziehungen zwischen Bern und Brüssel seien. Er findet aber auch klare Worte.

Herr Botschafter, Sie vertreten die Europäische Union seit bald zwei Jahren in der Schweiz. Was gefällt Ihnen hier besonders gut?

Petros Mavromichalis: Die Vielsprachigkeit gefällt mir. Da ich Deutsch, Französisch und Italienisch spreche, komme ich in allen Landesteilen mit den Menschen leicht ins Gespräch. Die Schweiz ist sehr gepflegt und die Schweizerinnen und Schweizer sehr freundlich. Ich habe hier viele interessante Persönlichkeiten getroffen.

Wem stehen Sie von der politischen Gesinnung her nahe?

Mavromichalis: Ich bin als EU-Beamter und Diplomat in der Schweiz. Meine persönliche politische Meinung muss ich darum für mich behalten. Aber ich versuche, mit allen im Gespräch zu sein und mich mit möglichst vielen einig zu werden.

Es wird Sie freuen, dass die Sozialdemokraten ein Stabilisierungsabkommen vorschlagen und einen «gut ausgehandelten EU-Beitritt» favorisieren.

Mavromichalis: Ich freue mich über jede Partei, die politische Lösungen anstrebt. Nur mit Lösungen können wir die schon sehr guten Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU weiter verbessern.

Sie haben sich auf Twitter über das Ja zum Schweizer Frontex-Betrag gefreut. Kürzlich erklärten Sie im Schweizer Fernsehen: «Irgendwann muss man sagen: Jetzt reicht es.» Die EU sei der Schweiz schon sehr entgegengekommen. Warum diese deutlichen Worte?

Mavromichalis: Das Ja zu Frontex hat mich in der Tat gefreut. Es zeigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer hinter dem freien Personenverkehr stehen. Der Kontext meiner anderen Aussage war die Frage nach weiteren Konzessionen der EU. Da muss man sich unter Freunden die Wahrheit sa-

gen: Irgendwann sind die Spielräume für Konzessionen erschöpft.

Was genau haben Sie damit gemeint?

Mavromichalis: Die Schweiz ist ein guter Partner, ein Freund der Europäischen Union, und wird das immer bleiben. Doch bei den institutionellen Fragen hatte die EU während den Verhandlungen sehr viele Konzessionen gemacht. Da ist nicht mehr viel zu holen. Die EU ist an der Grenze dessen angelangt, was sie geben kann und geben will.

Weshalb bricht die EU die bilateralen Beziehungen nicht gleich ganz ab?

Mavromichalis: Das ist gar nicht möglich. Wir sind wirtschaftlich und menschlich so eng mit der Schweiz verflochten. Unsere Beziehung ist gut. Sie sollte aber eine ausgezeichnete sein. Schade, dass wir nochmals von vorn beginnen müssen. Denn wenn das Rahmenabkommen tatsächlich als tot betrachtet wird, kann die Schweiz nun nicht Zugeständnisse, welche die EU ihr in den Verhandlungen gemacht hatte – etwa beim Schiedsgericht – als Besitzstand betrachten, währenddessen sie die eigenen Zugeständnisse zurücknimmt. Dann sind unsere Konzessionen auch nicht mehr gültig.

Woran machen Sie es fest, dass die bilateralen Beziehungen gut sind?

Mavromichalis: Wir teilen die gleichen Werte, denken ähnlich. Wir sind uns einig, dass der Krieg in der Ukraine eine völkerrechtswidrige Aggression ist. Denn die EU wie die Schweiz halten Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, eine unabhängige Justiz, freie Presse und Meinungsfreiheit hoch. Das liegt in unser beider DNA. Zudem betreiben wir intensiven Handel miteinander, was unseren Wohlstand mehr. Wir haben mehr als 120 Abkommen und wollen weitere abschliessen – sofern die offenen institutionellen Fragen geklärt werden.

Die Schweiz möchte die Streitbeilegung und dynamische Rechtsübernahme in jedem Vertrag separat und mit Schutzklauseln verankern. Die EU lehnt das ab und verlangt, einen institutionellen Rahmen für alle sektoriellen Abkommen. Die Blockade hält an.

Mavromichalis: Die EU ist nicht a priori gegen die separate dynamische Rechtsübernahme und Streitbeilegung in jedem Abkommen, auch wenn wir denken, dass eine übergeordnete Lösung technisch einfacher wäre. Aber wir wollen, dass die institutionellen Fragen für alle Sektoren, in denen die Schweiz am EU-Binnenmarkt teilnimmt, gleich geregelt werden.



Die EU müsste sich sehr für eine Vollasoziiierung der Schweiz an die europäischen Forschungsprogramme interessieren. Denn die beiden ETH in Zürich und Lausanne zählen zu den allerbesten kontinental-europäischen Hochschulen. Weshalb beharrt die EU auf ihrer Position?

Mavromichalis: Sehen Sie, die Schweiz bestimme ihre Interessen selbst. Die EU tut das Gleiche, wenn sie auf einer umfassenden institutionellen Lösung besteht. Ich weiss, das Wort Rosinenpickerei ist unbeliebt. Aber es beschreibt, was die EU nicht akzeptiert: das Auswählen von Sektoren, in denen man gerne voll mitmacht und alle Rechte hat, während man sich in anderen Bereichen, die einem weniger gefallen, nicht an die Regeln hält. Wenn wir die strukturellen Fragen unserer Beziehung lösen, werden wir in allen Feldern vorwärtsgehen – Forschung, Strom, Gesundheit.

Weshalb ist diese globale Lösung für die EU derart wichtig?

Mavromichalis: Wir können der Schweiz als Nicht-EU-Mitglied nichts zugestehen, was wir unseren Mitgliedern verwehren. Es wäre sonst unfair. Luxemburg hätte ebenfalls gerne Kauttionen für ausländische Dienstleister eingeführt, wie sie die Schweiz hat. Luxemburg ist ein Gründungsmitglied der EU. Wie können wir ihm erklären, es habe weniger Rechte als die Schweiz? Das ist unmöglich.

Geht es insofern auch um den Zusammenhalt innerhalb der EU – darum, dass der Staatenverbund nach dem Brexit nicht weiter auseinanderfällt und handlungsfähig bleibt?

Mavromichalis: Konsens unter 27 Mitgliedstaaten zu erzielen, ist schwierig. Wir akzeptieren nichts, was diese Aufgabe weiter erschwert.

Ist es eine Frage des Könnens oder eine des Willens?

Mavromichalis: Beides.

Petros Mavromichalis

Der 58-jährige Grieche ist seit 2020 Botschafter der EU in der Schweiz. Schon seit 1994 hat Petros Mavromichalis für die Europäische Union gearbeitet. In den 1980er-Jahren bildete er sich in Paris und London in Rechtswissenschaften aus. Er spricht sieben Sprachen. Mavromichalis ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Warum ist es eine Frage des Könnens?

Mavromichalis: Ich habe das Beispiel mit Luxemburg erwähnt. Ebenso gut könnte Frankreich verlangen, dass polnische Klempner acht Tage vor Arbeitsbeginn in Paris angemeldet werden müssen – so, wie es die Schweiz macht. Das ist vollkommen jenseits der Regeln, die im europäischen Binnenmarkt gelten. Diesen Binnenmarkt wollen wir vertiefen und stärken. Doch die Schweiz schwächt ihn.

Wo tut sie das?

Mavromichalis: Bei der Personenfreizügigkeit. Sie dürfen von Schaffhausen aus in Südbaden Dienstleistungen anbieten. Sie müssen sich nicht vorher anmelden. Das sollte umgekehrt auch für deutsche Baufirmen in Schaffhausen gelten.

Löhne weit unter dem Marktüblichen sind missbräuchlich, und es gibt sie. Das Unbehagen der Gewerkschaften ist darum nicht unbegründet.

Mavromichalis: Das kommt überall vor, nicht nur in der Schweiz – und muss natürlich bekämpft werden.

Doch in der Schweiz sind das Lohnniveau und die Lebenshaltungskosten markant höher als im europäischen Ausland.

Mavromichalis: Es gibt auch innerhalb der EU grosse Lohnunterschiede. In Deutschland und Schweden verdient man mehr als in Rumänien oder Estland. Trotzdem sind die Löhne weder in Deutschland noch in Schweden gesunken, wie Studien mehrfach bestätigt haben. Lohnschutz ist nach EU-Recht möglich, sofern er nicht diskriminierend ist, und er wird in den Mitgliedstaaten praktiziert. In der EU gilt das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort». Es gibt keinen Anlass für eine grundsätzliche Sonderbehandlung der Schweiz.

In einer Konkordanzdemokratie wie der Schweiz haben auch die Gewerkschaften eine starke Stimme im politischen Diskurs.

Mavromichalis: Die Schweizer Konkordanzdemokratie ist gut und wir respektieren sie. Es ist aber nicht Aufgabe der EU, alle Parteien und Interessenvertreter der Schweiz zufriedenzustellen. Es liegt an der Schweizer Regierung, diese Interessen abzuwägen und mit einer offiziellen Position aufzutreten.

Sie wünschen sich somit, dass sich die Schweiz auf eine Position gegenüber der EU einigt?

Mavromichalis: Genau. Der Kompromiss entsteht innerhalb der Schweiz und sollte dann gegenüber der EU geschlossen vertreten werden. Die EU wird weder den Sozialdemokraten noch der Mitte, den Liberalen oder der SVP entgegenkommen, sondern stets nur der Schweiz als geeinte ganze.

Der Bundesrat möchte stärker sondieren und Verhandlungen anbahnen. Sind solche in absehbarer Zeit realistisch, nachdem ein drittes Treffen zwischen Staatssekretärin Livia Leu und dem Kabinettschef von Vize-Kommissionspräsident Maroš Šefčovič noch nicht terminiert ist?

Mavromichalis: Das sollte möglich sein. Die Probleme sind nicht unüberwindbar. Unsere Türen sind immer offen für die Schweiz.

In Europa gibt es durchaus Personen, die sich für die Schweizer Anliegen einsetzen. Der EU-Parlamentarier Lukas Mandl unterstreicht, wie bedeutsam funktionierende Arbeitsbeziehungen sind. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann möchte alles unternehmen, damit die Schweiz bei «Horizon Europe» vollasoziiertes Mitglied wird, und nicht bloss als Drittstaat gilt. Das müsste die bilateralen Beziehungen doch beleben. Wie bewerten Sie die Rolle von Kretschmann und Mandl?

Mavromichalis: Es gibt niemanden in der EU, der nicht gute Beziehungen mit der Schweiz will. Alle wollen nur die besten

nachbarschaftlichen Verhältnisse. Alle wollen aber auch eine Lösung der institutionellen Fragen. An den Grundregeln des europäischen Binnenmarktes rütteln auch Winfried Kretschmann und Lukas Mandl nicht.

Worauf führen Sie dann die Abwehrgeltung gewisser Kreise in der Schweiz gegenüber der EU zurück?

Mavromichalis: Das ist eine schwierige Frage. Womöglich befürchtet die Schweiz, sie würde ihre Eigenart verlieren, die direkte Demokratie zum Beispiel. Dabei geht es nicht um einen Beitritt, sondern nur über die weitere Teilnahme am EU-Binnenmarkt.

Lassen Sie uns in die Geschichte zurückschauen. 1972 schlossen die Schweiz und die Europäische Gemeinschaft ein Freihandelsabkommen ab, nach dem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) entstanden die sektoriellen Abkommen. Heute reden wir über institutionelle Fragen. Offenbar integrieren sich die Schweiz und die EU immer stärker. Wann kommt der Punkt, an dem ein Beitritt unausweichlich wird?

Mavromichalis: Das wäre eine souveräne Entscheidung der Schweiz. Jede europäische Demokratie, die unsere Regeln akzeptiert, kann ein Beitrittsgeuch stellen – so, wie die Schweiz in den 1990er-Jahren das ja getan hatte. Wir zwingen keinen Staat, Mitglied der EU zu werden, und auch ganz bestimmt nicht die Schweiz. Die Schweiz hat alle Optionen.

An welche denken Sie?

Mavromichalis: Es sind vier. Um am EU-Binnenmarkt teilzunehmen, kann die Schweiz erstens der EU mit sämtlichen Rechten und Pflichten beitreten. Sie kann sich zweitens dem EWR anschliessen. Offen steht ihr drittes der bilaterale Weg – aber mit Lösung der institutionellen Fragen. Ausserdem

möglich ist viertens ein Freihandelsabkommen, wie es die Briten mit der EU ausgehandelt haben. Bei der letzten Option gibt es aber keinen direkten Zutritt zum Binnenmarkt und entsprechend weniger Pflichten. Andere Möglichkeiten als diese vier gibt es nicht. Die Schweiz sollte eine Debatte führen, welchen Weg sie gehen will.

Folglich sollte sich die Schweiz bald für eine der vier Optionen, die Sie gerade aufgezeigt haben, entscheiden?

Mavromichalis: Das würden wir begrüßen – und uns bemühen, diesen Weg dann gemeinsam mit der Schweiz zu gehen.

Welcher Weg ist aus Sicht der EU am interessantesten?

Mavromichalis: Die Schweiz muss selbst wählen, was am besten für sie ist. Die EU kann mit jeder Entscheidung leben und steht zur Verfügung. Grossbritannien wollte nicht mehr mitmachen und ist ausgetreten. Das war ein souveräner Beschluss. Norwegen ist dem EWR beigetreten. Deswegen sind die Norweger nicht weniger stolze Landsleute geworden. Ebenso wenig würde die Schweiz zu einer Kolonie Brüssels, falls sie ihre Teilnahme am EU-Binnenmarkt institutionell verankert.

Dann ist es der EU im Grunde gleichgültig, wofür sich die Schweiz entscheidet. Das klingt ein wenig, wie wenn Sie nicht besonders auf die Schweiz angewiesen wären?

Mavromichalis: So möchte ich das nicht verstanden wissen. Die Schweiz ist sehr wichtig für uns. Aber es wäre paternalistisch, wenn wir den Schweizerinnen und Schweizern sagen würden, was für sie das Beste ist. Ich als Grieche bin sehr glücklich, dass mein Land EU-Mitglied ist.

Das Stromabkommen und das Gesundheitsabkommen sind seit gut 15 Jahren in Verhandlung. Zugleich ist das Verhältnis Bern – Brüssel seit dem Ende des Rahmen-

abkommens blockiert – dies, obwohl die Schweiz guten Willen gezeigt hat und kürzlich zum Beispiel EU-Sanktionen gegen Russland übernommen hat. Wie soll es nun weitergehen?

Mavromichalis: Die EU-Mitgliedstaaten haben einstimmig bestimmt, dass es keine neuen Marktzugangsabkommen mit der Schweiz geben wird, bevor die Streitbeilegung und die dynamische Rechtsübernahme geregelt sind. Abkommen, die nicht aufdatiert werden, werden mit der Zeit hinfällig. So geht es vorerst weiter. Das ergibt sich aus den souveränen Entscheidungen beider Seiten.

Bei den Medizinprodukten zeichnen sich in der Schweiz und im EU-Raum Versorgungsgänge ab, weil das bilaterale Recht immer weiter erodiert. Wie kann die Europäische Kommission da einfach zuschauen?

Mavromichalis: Die EU-Kommission hält sich an den einstimmigen Entscheid der Mitgliedstaaten. Dieser ist für uns Gesetz. Der Schweizer Bundesrat wusste das. Trotzdem hat er das Rahmenabkommen beerdigt. Wir sollten uns jetzt wieder aufeinander zubewegen und die strukturellen Fragen der Beziehung lösen, damit wir keine weitere Zeit verlieren. Wir sind wichtige Partner. Die EU will die Zusammenarbeit mit der Schweiz. Unsere Beziehung hat noch viel Potenzial.

Inwiefern wird die Erfahrung des Ukraine-Kriegs, eine solche Einigung begünstigen?

Mavromichalis: Dieser Krieg erinnert uns daran, dass die Europäische Union und die Schweiz die gleichen Werte teilen und auf internationaler Ebene die gleichen Ziele verfolgen. Wir gehören zur gleichen Familie. In dieser Optik relativieren sich einige der Differenzen, die wir zum Beispiel im Bereich der Lohnschutzmassnahmen oder des Zugangs zu den Sozialversicherungen haben. Solche Probleme müsste man doch miteinander lösen können.

Anzeige

IQOS ILUMA

Next level tobacco pleasure. Mit dem Gerät, das zu Ihnen passt.

ab CHF 55.-

TEREA for IQOS ILUMA

«Zu wenig kann Ihre Gesundheit zu tabac macht abhängig. être une dépendance. te del tabacco può nuocere e provoca dipendenza.»

IQOS ILUMA ONE IQOS ILUMA

Gratis testen auf TryIQOS.ch

Unverbindliche Empfehlung für Detailhandelspreis (RSP). IQOS ILUMA™ wurde ausschliesslich für den Gebrauch mit Terea™ Sticks konzipiert. Verwenden Sie IQOS ILUMA™ und Terea™ Sticks nicht mit früheren IQOS™ Generationen, denn dies kann Schäden an Ihrem Gerät verursachen. Terea™ Sticks keinesfalls einnehmen oder auseinandernehmen. Dieses Produkt enthält ein scharfes Metallteil, das bei Verschlucken zu schweren Verletzungen führen kann. Von Kindern fernhalten. Weitere Informationen auf iqos.com. Ausschliesslich für erwachsene Raucher bestimmt.

Dieses Tabakerzeugnis kann Ihre Gesundheit schädigen und macht abhängig. Ce produit du tabac peut nuire à votre santé et crée une dépendance. Questo prodotto del tabacco può nuocere alla tua salute e provoca dipendenza.